

Interview

"Ich werde die Verfassung reformieren"

Nach dem historischen Urteil des Obersten Gerichtshofes, das Nawaz Sharif überraschend eine zweite Amtszeit als Regierungschef bescherte, äußert sich der neue und alte Premierminister Pakistans.

Warum dieser Schachzug einer versöhnlichen Geste an die Adresse der Opposition (im Parlament), wo in der Politik ansonsten Konfrontation und erbarmungsloses Handeln die Norm sind?

Dies sollte nicht nur als Schachzug aufgefaßt werden. Dies ist vielmehr ein aufrichtiger Versuch, um die Beziehungen zwischen Regierung und Opposition zu verbessern. Außerdem sollen so einige undemokratisch denkende Leute ausgegrenzt werden, die unsere wechselseitigen Ängste zu ihrem Vorteil ausnutzen. Wir dürfen, indem wir uns gegenseitig bekämpfen, nicht in die Hände dieser undemokratischen Kräfte spielen, da diese dabei als einzige gewinnen und wir alles zu verlieren haben. Warum also sollten wir so weitermachen wie bisher? Wir haben das Mandat des Volkes. Dieses Mandat verlangt, daß wir es nicht zulassen, von einzelnen instrumentalisiert zu werden. Wie diese Kräfte mit uns und in der Vergangenheit auch mit Benazir umgesprungen sind, sollte uns allen die Augen öffnen.

Kann dies außerparlamentarische Intrigen beenden?

Ja - wenn es uns gelingt, die Verfassung zu reformieren und einigen Personen die Macht zur Zerstörung der politischen Struktur der Nation zu entziehen.

Was hat Sie zu Ihrer Kehrtwendung motiviert?

Das anhaltende Klima der Konfrontation beschädigt inzwischen sogar das Prestige des Landes. Auch das Ansehen von uns Politikern leidet darunter. Deshab meine ich, daß wir genug Auseinandersetzungen hatten. Nun sollten Opposition und Regierungspartei an einer positiveren Tagesordnung arbeiten.

Haben Sie jemals daran gedacht, daß Sie ihrem Kampf auch verlieren könnten?

Mir war klar, daß die 120 Millionen Einwohner Pakistans gegen eine Entlassung der Regierung und eine Auflösung des Parlamentes waren und eine Beleidigung der Demokratie nicht hinnehmen würden. Ich war davon überzeugt, daß uns die Welle der Unterstützung im Falle einer Niederlage im Gerichtsverfahren spätestens bei den zunächst angekündigten Neuwahlen im Juli 1993 zum Sieg verholfen hätte.

Was erwarten Sie jetzt von Benazir Bhutto?

Das Urteil des Gerichtshofes, das die Handlungsweise des Präsidenten als Verstoß gegen die Verfassung bezeichnet, sollte allen die Augen öffnen. Meiner Meinung nach werden die Politiker in allen Lagern daraus die Lehre ziehen, daß der Wettstreit um die Macht ausschließlich auf parlamentarischer Ebene auszutragen ist. Ich bin davon überzeugt, daß die Antwort der Opposition sehr positiv ausfallen wird.

Weil Sie beide jetzt einen gemeinsamen Feind haben?

Die Macht des Präsidenten ist für sie und für mich gleichermaßen eine Bedrohung. Niemand sollte denken, daß man mit Nawaz Sharif nicht mehr zusammenarbeiten sollte, seitdem er an der Macht ist. Schon morgen könnte es ja umgekehrt sein. Vielleicht sind dann die anderen an der Macht und haben mit ähnlichen Schwierigkeiten zu kämpfen, während wir in der Opposition sind.

Akzeptieren Sie, daß auch die Entlassung der Regierung Benazir Bhutto's unzulässig war?

Ja. Das kann man so sagen. In die Verfassung gehören andere Bestimmungen, auf die man zurückgreifen kann, falls die Regierung keine ordentliche Arbeit leistet. In einer parlamentarischen Demokratie sollte dies einzig und allein Aufgabe des Parlamentes sein. Der Premierminister sollte nur dem Parlament gegenüber verantwortlich sein. Nur das Parlament sollte ihn ernennen oder absetzen können.

Wie sieht Ihre Wunschverfassung aus?

Was spricht dagegen, daß Pakistan das System anderer demokratischer Länder übernimmt. Wir alle haben das Beispiel Indiens vor Augen.

Worin sehen Sie das wirkliche Problem - in der Verfassung oder in der Persönlichkeit des Präsidenten?

Lassen Sie uns zunächst einmal die Verfassung reformieren und dann sehen, wie die Persönlichkeit des Präsidenten aussehen könnte. In diesem Land macht die Verfassung - insbesondere die achte Verfassungsänderung - die Persönlichkeit des Präsidenten aus.

Sie haben einen neuen Versuch gestartet, um mit der Opposition ins Gespräch zu kommen. Könnten Sie sich auch eine ähnliche Initiative an die Adresse Indiens vorstellen?

Dies wünsche ich mir schon seit langem. Solange wir die bestehenden Spannungen zwischen unseren Ländern nicht abbauen können, gibt es für uns keine Entwicklung. Was wir brauchen sind mutige Entscheidungen und Initiativen. Dies beinhaltet Risiken, die wir aber in Kauf nehmen müssen. Zu Premierminister Narasimha Rao habe ich ein gutes Verhältnis aufgebaut. Deshalb werde ich ihn so bald wie möglich zu einem Besuch nach Pakistan einladen, um den Dialog fortzusetzen. Ich glaube, daß er ein aufrichtiger Mensch ist. Er strebt eine Lösung der Probleme an.

Warum aber gibt es dann keinen Fortschritt in den indisch-pakistanischen Beziehungen?

Manchmal geschehen unglückliche Dinge, die Irritationen auslösen. Das führt zu gegenseitigen Vorwürfen und Schuldzuweisungen. Indien und Pakistan sollten nur auf dem Gebiet der Wirtschaft gegeneinander antreten.

Sind Sie über die Drohung der USA besorgt, Pakistan zu einem terroristischen Staat zu erklären?

Die ganze Angelegenheit ist für uns unbegreiflich. Wir werden vor aller Welt als Terroristen verurteilt, während ich davon überzeugt bin, daß es keinerlei Rechtfertigungen für eine derartige Anklage gegen Pakistan gibt. Nur Indien beschwert sich ständig bei den USA über uns. Indien sollte mit uns sprechen (Zwischenzeitlich hat die amerikanische Regierung entschieden, Pakistan nicht auf die Liste terroristischer Staaten zu setzen, d.Red.).

(Das Interview erschien in 'India Today'. Übersetzung: J. Scholz).